

Inhalt

Bericht aus Berlin Heike Korzilius	130
Kernpunkte einer Reform der Pflegeversicherung Hans-Jürgen Müller und Rolf Wille	131
„Mein Amt wird wohl leider nie überflüssig.“ Interview mit Sabine Bätzing, Drogen- beauftragte der Bundesregierung	132
Psychische Erkrankungen – Erscheinungsformen, Häufigkeit und gesundheitspolitische Bedeutung Dr. Frank Jacobi und Timo Harfst	136
Integrierte Versorgung für psychisch erkrankte Menschen Dr. Christina Tophoven	140
Psychische und Verhaltens- störungen basierend auf AU-Daten des IKK-Systems 2006	144
Psychische Störungen bei Kindern und Jugendlichen – Häufigkeit, Versorgungslage und Prävention Wolfgang Ihle und Prof. Dr. Günter Esser	146
Suizid und Suizidalität – Ansätze zur Prävention Dr. Wolfram Dorrman	151
Grenzen der Kontrolle gesetzlicher Krankenkassen durch die Rechnungshöfe Dr. Clemens Antweiler und Eva Klempert	155
Rechtsprechung	158
Schlaglichter	159
Personalien	160
Bücherschau	160
Impressum	160

Editorial

(DR) „Die neue Gesundheitsversicherung – Willkommen in der Solidarität.“ So betitelt das Bundesministerium für Gesundheit seine für die Bürgerinnen und Bürger gedachte Informationsbroschüre zum GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz. Blättert man den Werbeprospekt durch, kann man leicht den Eindruck gewinnen, dass es ein gesundheitspolitisches Leben vor dieser Reform gar nicht gegeben hat. Alles neu, alles besser, alles sicherer macht die ewig lächelnde Ministerin Glauben.

Dass es natürlich auch eine Welt hinter der Broschüre gibt, lässt sich am Beispiel der Wahltarife zeigen. Freiheit in Solidarität versprechen hier die Verantwortlichen und übersehen dabei, dass Wahltarife letztlich immer auf Risikoselektion zielen und damit der Solidarausgleich unterlaufen wird. Auch das Gebot der Selbstfinanzierung entspringt dem Prinzip Hoffnung und dürfte in der Konsequenz für die Kassen eher zu Haushaltsrisiken führen. Die absehbare abenteuerliche Vielfalt schon bei der Ankündigung solcher Wahltarife wird im Übrigen auch die Transparenz nicht erhöhen, sondern einen unproduktiven Scheinwettbewerb entfachen. Hätte man ordnungspolitisch sauber den Mut zu einer Arbeitnehmersversicherung mit wirklicher Solidarität aufgebracht, müsste man auch nicht das Argument vom Köder für abwanderungswillige Gutverdienende bemühen. Bleibt also die nicht neue Erkenntnis, dass die Politik den Versicherten Sand in die Augen streut. Diese präventive Behandlung wird aber leider nicht von der neuen „Gesundheitsversicherung“ übernommen. Willkommen in der Realität!